

## Presseerklärung

Kiel, den 04.07.2018

# Gemeinsamer Aufruf: „Keine Ausgrenzung von LSBTIQ\* und anderen Geflüchteten!“

Anlässlich der diesjährigen Christopher Street Days (CSDs) in Kiel und Lübeck hat sich ein Bündnis aus Flüchtlings- und Migrant\*innenorganisationen, Antidiskriminierungsfachstellen, Wohlfahrtsverbänden sowie LSBTIQ\* und kirchlichen Organisationen gebildet, das zur Wahrung und Achtung der Rechte Geflüchteter aufruft.

„Unsere Gesellschaft wird immer bunter und das ist gut so! Von verschiedener Seite erleben wir aber, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen zur Zielscheibe von Angriffen und Anfeindungen werden. Deshalb bin ich froh, dieses Jahr mit vielen Partner\*innen für eine starke und stolze Anti-Diskriminierungskultur in Schleswig-Holstein zu demonstrieren“, begrüßt Hanan Kadri vom Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein den Schulterschluss.

Angst und Scham vor den Behörden sind Gründe, aus denen LSBTIQ\*-Personen, die in ihren Herkunftsländern verfolgt wurden oder denen in ihren Herkunftsländern Verfolgung droht, ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität im Asylverfahren verschweigen. Dabei steht diesen Menschen Schutz in Deutschland zu. Trotzdem ist die Wahrung und Achtung dieser legalen Rechte und die Unversehrtheit von Geflüchteten leider keine Selbstverständlichkeit.

Martin Link, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein, erklärt hierzu: „Das Asylverfahren ist für viele eine zusätzliche, traumatische Erfahrung. Es muss für alle Geflüchteten, insbesondere für die besonders schutzbedürftigen unter ihnen, fair sein.“ Mehr Standardisierung, zum Beispiel in AnKER-Zentren, bedeute aber weniger Sensibilität und Flexibilität für die Bedürfnisse von LSBTIQ\*-Geflüchteten und anderen verwundbaren Gruppen. Das sei nicht akzeptabel.

Teile der Bunderegierung arbeiten momentan intensiv auf die Einrichtung sogenannter AnKER-Zentren hin, die zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen und des Rechtsschutzes für Geflüchtete führen werden. LSBTIQ\*-Personen sind von den Folgen der Einrichtung solcher „Lager“ unverhältnismäßig betroffen. Viele wissen nicht um ihre Rechte und hätten zukünftig noch schlechtere Chancen adäquate Beratung zu finden.

„Menschen dürfen nicht wegen ihres vermeintlichen ‚Andersseins‘ zum Opfer gesellschaftlicher Ausgrenzung und zum Ziel politischer Hetze werden. Dieses Jahr demonstrieren wir gemeinsam mit einem starken Bündnis für die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und möchten besonders auf die Situation von Geflüchteten und gesellschaftlich Marginalisierten hinweisen“, bekräftigen Linda Claassen und Alexander Nowak von HAKI e.V.. Schon seit den Stonewall Riots in New York 1969 hätten der gemeinsame Widerstand, der aktive Einsatz und die Solidarität von LSBTIQ\* und People of Colour Tradition.

**Erstunterzeichner\*innen** des gemeinsamen Aufrufs zur Demonstration anlässlich des CSD in Kiel (07. Juli 2018) und Lübeck (18. August 2018) sind:

- Antidiskriminierungsstelle Schleswig-Holstein
- Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein (advsh) e. V.
- Arbeiterwohlfahrt (AWO) Landesverband Schleswig-Holstein e. V.

- Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein
- Beauftragte für Migrations-, Asyl- und Menschenrechtsfragen – Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland
- CSD Kiel e.V.
- Die Rendsburger Regenbogengruppe
- Flüchtlingsbeauftragte des Ev. Luth. Kirchenkreises Lübeck-Lauenburg
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.
- Frauenwerk Altholstein – Zentrum kirchlicher Dienste
- Geschäftsstelle Echte Vielfalt
- HAKI e.V.
- LSVD Schleswig-Holstein e.V.
- Lübecker Flüchtlingsforum e.V.
- Lübeck CSD e. V.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V.
- Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein e. V.

Weitere Unterzeichner\*innen sind

- AIDS-Hilfe Nordfriesland
- AIDS-Hilfe Westküste
- Landesverband Kompetenznetz AIDS S-H
- Maria Braig
- Peter Bürger
- Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel
- SL-Veranstaltungen zur Förderung der Primärprävention e. V.
- Trans\*/Inter\* Selbsthilfe Flensburg
- Westküste QUEER

Weitere Unterzeichnungen sind sehr willkommen. Unterzeichner\*innen können sich bis zum 04. Juli 2018 per E-Mail an [public@frsh.de](mailto:public@frsh.de) melden.

Gez. Simone Ludewig, T. 0431-55685360, [public@frsh.de](mailto:public@frsh.de)